

Bezugspreis:

Vierteljährlich 6,30 M., monatlich 2,10 M. ...

Anzeigenpreis:

Die zehngrößten Konvaleszenzblätter ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 18. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Rußlands Doppelspiel.

London, 18. Februar. (WIB) Ein Berichterstatter des Daily Telegraph ...

Gewisse französische Regierungspersonen, darunter einige in hoher Stellung ...

Die Veröffentlichungen des Daily Telegraph lassen das absonderliche Liebeswerben einiger radikaler russischer Kommunisten ...

In der „Iswestija“ vom 27. Januar machte Stelkow den Menschewisten den Vorwurf, durch ihre Veröffentlichungen über die Verhältnisse in den russischen Gefängnissen ...

Die Lage in Litauen.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die etwa zweiwöchige Ministerkrise hatte ganz gewichtige Gründe der äußeren und inneren Politik zum Anlaß ...

Die Kownoer Regierung ist sich selber überlassen. Die Bevölkerung des früheren Kownoer Gouvernements ist gezwungen, eine große Armee und ein starkes Beamtenheer zu unterhalten ...

den der mißglückte Versuch dieser russischen Clique liefert. Es scheint, daß die reaktionäre Presse Deutschlands nur auf das Stichwort vom französisch-russischen Sonderabkommen gewartet hat ...

Es war keine leichte Aufgabe, die bürgerliche Mehrheit in Deutschland davon zu überzeugen, daß eine Anerkennung der Sowjetregierung, ein auch politisch geregelter Verkehr mit Sowjetrußland Deutschland nicht nur Nachteile bringe ...

Deutsch-russische Besprechungen.

Die „D. A. Z.“ verbreitet folgende Meldung der „Associated Press“: Während der letzten Tage fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und den drei Vertretern der Sowjetregierung ...

über absolute Mehrheit verfügen, gaben den Sozialisten fast in keinem Punkte nach — der Konflikt war da und konnte nicht gelöst werden, da keine Partei nachgab oder Lust gehabt hätte, kurz vor den Neuwahlen die Verantwortung auf sich zu nehmen ...

Caloanowski war und ist ein Anhänger dieser Annäherung, da er dadurch einen großen Gewinn gewinnen will, aber er muß damit rechnen, daß in Litauen eine große nationallitauische Bewegung im Rollen ist ...

Litauen hat auch bis heute noch die deutsche Reichsmark als einziges und alleiniges Zahlungsmittel, es ist dadurch an Deutschland vollkommen gebunden ...

Die Lage in Litauen ist infolge dieser Zustände sehr gespannt, und Deutschland muß die Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgen — Litauen ist und bleibt für Deutschland diejenige Brücke nach Rußland ...

Italiens „Arbeitsbeschwerer“. Der Chefredakteur und der Herausgeber der sozialistischen italienischen Zeitung „La Voce“ wurden von dem Gericht in Immolesse wegen eines im Jahre 1918 erschienenen Artikels, in dem das Gericht eine Anweisung zur Fahnenflucht erblickte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt ...

Ministerium Bonomi gestürzt.

Rom, 18. Februar. (Inlet.) Mit 295 gegen 107 Stimmen hat gestern Abend die Kammer dem Kabinett Bonomi das Vertrauen verweigert ...

Damit ist der Versuch wohl endgültig gescheitert, die vor bald drei Wochen eingetretene Regierungskrise durch eine Bestätigung Bonomis als Ministerpräsidenten zu lösen ...

Die Ministerkrise zeigt, daß die Hoffnung, die Proportionalvertretung und die Listenwahl würden zu einer Gesundung des parlamentarischen Lebens in Italien führen ...

Die einen sagen, die Haltung in der Bankkrise sei unklar und schwächlich gemein; das gute „Giornale d'Italia“ findet Schuld an Bonomi, weil er die Konferenz von Genua zulassen wollte ...

Nun aber Bonomi gegangen ist, ohne eines der Probleme zu lösen, die ihn beim Regierungsantritt erwarteten, stellt sich die Frage der Nachfolgerschaft mindestens ebenso unsicher und stachelig dar ...

Natürlich spricht man wieder von Giolitti, an dessen ewige Wiederkehr man nachgerade gewöhnt ist und die man bei der Lebensenergie des Greises und seinem parlamentarischen Einfluß, nie ausschließen kann ...

Die sozialistische Fraktion steht der heutigen Lage mit gebundenen Händen gegenüber. Der Nationalrat der Partei hat im vorigen Januar, trotz des entgegenstehenden Botums des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes,

die antiskandinavistische und intransigente Haltung des Parteivorstandes von Mailand bestätigt; da die Fraktion dem Parteivorstand unterstellt ist, hat also ihre gegenteilige Meinung keinen praktischen Wert. In der gestrigen Nachsitzung der Fraktion hat sich Turati verbündet für die etwaige Teilnahme an der Regierung zur Verwirklichung eines konkreten Reformprogramms ausgesprochen. Der Vertreter des Parteivorstandes machte darauf aufmerksam, daß ein Abgehen von den Beschlüssen von Mailand eine Disziplinverletzung wäre und daß der Fraktion in Sachen der parlamentarischen Taktik nur beratende Stimme zukäme. Die Resolution Ruffi für absolute Intransigenz erhielt nur 3 Stimmen, die Paratano für Enthaltung von jeder Beschlußfassung 24 und schließlich gelangte eine Tagesordnung Mazzoni zur Annahme, mit 49 Stimmen, die die Fraktion auffordert, auf die Krise Einfluß zu gewinnen, um sie im Interesse des Proletariats zu lösen.

Wir sind also genau so weit wie bei der vorigen Krise: wie kann eine Partei Einfluß auf die Lösung der Krise haben, wenn sie doch unter keinen Umständen für das aus ihr hervorgehende Kabinett stimmen darf?

Unter diesen Umständen bleibt die radikale Partei Herrin der Situation. Es ist ausgeschlossen, eine Regierung ohne sie zu bilden, wenn man nicht auf die Sozialisten rechnen kann. Daß sich die sog. Demokraten mit der Rechten, also der Fraktion Salandra, den Agrariern, den Nationalisten und den Faschisten verbünden, welche reaktionäre Koalition von verschiedenen Blättern angestrebt wird, ist undenkbar. Unter den sog. Demokraten befinden sich auch die früheren bürgerlichen Radikalen, die sich absolut nicht so weit nach rechts entwickeln können, um mit den Nationalisten und Faschisten gemeinsam vorzugehen. Die Kammer ist noch nicht neun Monate alt, aber sie hat schon hinlänglich den Beweis geliefert, daß mit ihr nur ein kümmerliches Regieren möglich ist.

## Koalitionspolitik und USP.

Der Vorsitzende der USP, Arthur Crispian, veröffentlicht in der „Freiheit“ einen Artikel, in dem er die Sozialdemokratische Partei auffordert, ihre verhängnisvolle Koalitionspolitik aufzugeben und mit dem gesamten Proletariat den Klassenkampf aufzunehmen. Eine schöne Gelegenheit, die Crispianische Politik durchzusehen, ist am Mittwoch verpaßt worden, weil ungefähr die Hälfte der USP-Fraktion nicht dazu zu bewegen war, sie richtig anzunehmen.

Die Koalitionspolitik im Reich, die nach den Wahlen vom Juni 1920 ausgegeben worden war, ist im Mai 1921 von der Sozialdemokratischen Partei mit Zustimmung der USP oder doch ohne jeden Widerspruch von ihrer Seite wieder aufgenommen worden, um den Einmarsch der Entente in das Ruhrrevier mit allen seinen verhängnisvollen Folgen für die internationale Politik und das arbeitende Volk Deutschlands zu verhindern. Sie ist seitdem von der USP gestützt worden. Am 15. Februar versuchte die USP-Linke einen entscheidenden Stoß gegen sie, indem sie sich mit den Rechtsparteien zum Sturz der Koalitionsregierung vereinigte. Das Unternehmen mißlang, weil ein erheblicher Teil der USP-Fraktion den Sturm nicht mitmachte, sondern dem vereinigten Generalstab der Stinnes, Crispian, Helfferich und Hülßein die Gefolgschaft versagte.

Unter diesen Umständen betrachten wir die Wiederauflösung des Koalitionsproblems durch Crispian nicht mehr als eine Auseinandersetzung zwischen unserer Partei und den Unabhängigen, sondern als eine innere Auseinandersetzung der USP und begnügen uns damit, den Artikel Crispians als einen Anfang von ihr zu registrieren.

Die Angestelltenversicherung. Der Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Angestellten hat an den Reichswirtschaftsrat und an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er die Erhöhung der bisherigen Grenzen für die Versicherungspflicht auf 100 000 M. verlangt.

## Politik auf dem Sirius.

Von Henni Lehmann.

Der Sirius ist ein Stern, der in kalten Winterabenden besonders hell leuchtet. So gelang es dem berühmten Professor Coelumius bei der letzten ungewöhnlich lang andauernden Kälte vermittels ganz neuer aus Höhlen verfeinerter Sch- und Hörapparate die politischen Vorgänge auf dem Sirius zu beobachten und zu registrieren. Ich bin in der erfreulichen Lage, als erste den Lesern des Vormärts über die Ergebnisse Mitteilung machen zu können.

Auf dem Sirius hatte sich eine neue politische Partei gebildet. Sie war der durchaus richtigen Meinung, daß man nicht früh genug mit der politischen Erziehung beginnen könne. Deshalb wandte sie sich vorwiegend an Kinder, die noch nicht laufen konnten. Sie bevorzugte solche, die einen festen Willen hatten und allen Vorstellungen Erwachsener unzugänglich waren. Gelegentlich ernannte man deshalb Säuglinge, die hartnäckig schrien, zu Ehrenmitgliedern. Die Parteimitglieder meinten, alles, was auf dem Sirius bestünde, müsse umgewandelt werden, so daß das Oberste nach unten, das Hinterste nach vorne komme. Aus diesem Grunde marschierten sie gern so, daß ihre Rückseite vorausging und die Augen hinten waren. Dies beeinträchtigte freilich ihre Fähigkeit des Sehens und Erkennens ein wenig, doch das machte nichts. Es war ein Prinzip. Sie nannten sich die Chronanumolisten.

Als sie nun eine Reihe von Mitgliedern gewonnen hatten, fanden sich bedauerlicherweise einzelne darunter, die in schwachen Augenblicken sich einmal umwandten, um zu sehen, was in der Vorwärtsrichtung geschähe. Da die Chronanumolisten, wie gelagt, Leute von Grundhau waren, so konnten sie dies natürlicherweise nicht dulden. Sie beschloßen deshalb, die Verräter auszuschließen. Diese jedoch wollten sich nicht ausschließen lassen. So spaltete sich die Partei — die Chronanisten, die Numolisten. Die Numolisten als zahlreicher haben sich den Namen der allgemeinen Numolistenpartei. Sie behorchen dem Obernumolisten, der auf dem Polarstern wohnte. Beider fanden sich unfolgsame Elemente, die den Weisungen des Obernumolisten nicht nachkamen, deshalb spaltete sich die Partei in eine allgemeine und eine besondere Numolistenpartei. Erstere stellt als Grundsatz auf, daß man alle hundert Jahre einmal sich um sich selbst drehen und alle wirklichen Dinge betrachten dürfe. Letztere gestattet es alle zehn Jahre. Aber nun kamen Neuerer, die verlangten, daß man sich in jedem Schaltjahr, je einige Loger, daß man sich in jedem Jahr einmal umdrehen dürfe. Das konnte nicht gebildet werden. So spaltete sich die allgemeine und die besondere Numolistenpartei. Auch damit hatte es nicht sein Ende. Immer wieder, besonders wenn die zu Ehrenmitgliedern ernannten Säuglinge älter wurden, wollten sie den Weisungen des Obernumolisten vom Polarstern nicht folgen. Infolgedessen spaltete sich die Partei stets aufs

## Der letzte Aufrechte.

Von den sechs Männlein und Weiblein des linken volksparteilichen Flügels wollten sich ursprünglich vier bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme enthalten, schließlich ist aber nur einer von ihnen festgeblieben, der ehemalige Minister Dr. Heinze. In der deutchnationalen Presse wird Herr Heinze deswegen sehr ungnädig behandelt. Jetzt gibt er im „Dresdener Anzeiger“ die Gründe seiner Stellungnahme bekannt. Er führte einem Redakteur dieses Blattes gegenüber aus:

Der Eisenbahnerstreik hätte bei längerer Dauer zweifellos große politische Gefahren mit sich gebracht. Vielleicht wären weitgehende kommunistische Unruhen die Folge davon gewesen. Man hätte dann möglicherweise mit einer teilweisen Stilllegung der Industrie und mit schweren Störungen in der Lebensmittelversorgung der Großstädte rechnen müssen. Es sei deshalb unbedingt notwendig gewesen, daß der Streik so schnell wie möglich beigelegt wurde. Der Reichskanzler habe eine solche schnelle Beilegung erreicht, und in einer so gefährlichen Lage des Staates dürfe man mit ihm wegen einzelner Unstimmigkeiten nicht zu scharf ins Gericht gehen. Den Erklärungen, die der Reichskanzler im Reichstag in der Streikangelegenheit gab, hätte man beitreten können, und da der Vertrauensvotumsantrag der Deutschen Volkspartei sich auch gegen diese Entschließung richtete, habe er sich diesem Antrag nicht anschließen können.

In seinen weiteren Ausführungen wird Herr Heinze offenerherziger und läßt seine letzten Gründe erkennen: er wollte und will die „große Koalition“, die nach seiner Ansicht durch das Vertrauensvotum der Deutschen Volkspartei erschwert worden ist. — Mit seiner Sehnsucht, in die Regierung zu gelangen, gleicht Herr Heinze also seinen übrigen Parteifreunden. Er verfügt aber insofern über ein größeres Maß politischer Einsicht, als er — im Gegensatz etwa zu der volksparteilichen „Zeit“ — richtig erkennt, daß man nicht am Morgen nach einem Vertrauensvotum gegen die Regierung um Aufnahme in dieselbe Regierung betteln kann.

## Die Höhe der Wirtschaftsbeihilfen.

Holbamtlich meldet WTB.: Nach Anfragen, die an das Reichsfinanzministerium gerichtet worden sind, wird die kürzlich veröffentlichte Pressenotiz über die bevorstehende Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte und Angestellte in Orten mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen zum Teil irrtümlich ausgelegt. Zur Klarstellung wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Bemessung der Wirtschaftsbeihilfen in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüsse derart gedacht ist, daß für je 10 Pfennige Ueberteuerungszuschuß eine jährliche Wirtschaftsbeihilfe von 250 M. anfallen werden soll. Beispielsweise würde somit die Wirtschaftsbeihilfe in einem Orte, an dem die Arbeiter einen Ueberteuerungszuschuß von einer Mark pro Stunde erhalten, auf zehnmal 250 M., also 2500 M., bemessen werden.

## Deutscher Reichstag.

173. Sitzung, Sonnabend, den 18. Februar 1922, 12 Uhr.

Vizepräsident Dr. Richter schlägt angesichts des fast leeren Hauses vor, die an erster Stelle auf der Tagesordnung stehende Fortsetzung der Beratung des Gesetzes über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus auf eine spätere Stelle der Tagesordnung zu verschieben. — Das Haus ist damit einverstanden.

Der Gesetzentwurf über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet wird in allen drei Lesungen angenommen. Ebenfalls angenommen wird das Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln im Reichspatentamt.

Der Gesetzentwurf über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen wird dem Ausschuss zur Durchführung des Friedensvertrages überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die demokratische Interpellation über Bahnerleichterungen im Verkehr mit Deutschland. Da der Interpellant aber noch nicht anwesend ist, wird jetzt die Vorlage über die Erhöhung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus zur Verhandlung gestellt. Bei Schluß des Blattes spricht Abg. Obermeyer (Soz.).

neue, bis am Ende nur ein einziger letzter Numolist übrig blieb. Der hatte so lange nicht um sich geblickt und war ständig mit der Rückseite nach vorn gegangen, daß er ganz die Richtung verloren hatte und nicht mehr wußte, ob er nach rechts oder nach links ging oder gehen sollte.

Er war mit sich selbst uneinig.

„Es bleibt mir nichts übrig, als mich zu spalten,“ sagte er, und da spaltete er sich.

Die eine Hälfte, das „Nu“, fiel auf die Erde hinunter. Sie begann sofort eine neue Partei zu gründen, deren Mitglieder sich „Nuisten“ nannten. Man sagt, daß sie bei Kindern, die noch nicht laufen können und bei Mäckenkindern besondere Sympathie genießt. Da indes diese beiden Gruppen häufig verschiedener Meinung sind, so wird die Partei sich vermutlich nächstens spalten in Ulken und Risten. — — —

Soweit die Aufzeichnungen von Professor Coelumius. Man darf auf die nächsten Nachrichten vom Sirius gespannt sein, denn dort ist ja die andere Hälfte des gespaltenen letzten Numolisten, das „Mol“ zurückgeblieben. Es ist anzunehmen, daß sich daraus inzwischen die Partei der Molisten gebildet hat, die sich in Kürze spalten dürfte.

Die Duse über die Kunst des Dramas. Eleonora Duse, die letzte der großen Tragödiinnen aus jenem Zeitalter der Bühnenkunst, das heute für uns schon klassisch geworden ist, hat nach langem Entschließen von der Bühne ihre reife Kunst wieder dem Publikum gezeigt. Ihr Wiedereintritt auf den weltbedeutenden Brettern, das mit ungeheurer Enthusiasmus begrüßt wurde, hat einige Berichterstatter veranlaßt, sie um ihre Ansichten über die dramatische Kunst und das Theater zu befragen. Sie begann ihre Ausführungen mit einer kleinen Geschichte, durch die sie die Stellung des großen Publikums zur Bühne in unserer Zeit beleuchtete wollte. „Wenn ich mich abends fertig mache, um ins Theater zu gehen,“ sagte sie, „dann wünscht mir meine Aufwärterin, eine Frau aus dem Volke, jedesmal viel Vergnügen!“. Vergnügen ist es, was man heute vor allem im Theater sucht, nicht Erhebung und Erschütterung, man sucht leichte Unterhaltung, nicht echte Kunst.“ Die Duse hält sehr viel von der Ueberlieferung in der Schauspielkunst und meinte, daß derjenige, der nicht von seinen Vorgängern lerne, auch in der Geschichte nicht fortleben werde. Sie hofft in Mailand, der Stadt, die nach ihrer Ansicht die beste Theaterüberlieferung in ganz Italien hat, ein Künstlertheater zu schaffen, in dem sie ihr Ideal der Bühnenkunst verkörpern will. Der bedeutendste Dramatiker der modernen italienischen Szene, Pirandello, soll für sie ein Stück schreiben. Die große Tragödin denkt auch an Gastspielreisen; so will sie wieder in London und anderen Großstädten Europas auftreten, und zwar erklärte sie: „Wir Künstler müssen auch etwas zu tun versuchen, um wieder die alten künstlerischen Beziehungen zwischen den Völkern Europas festzuknüpfen, die durch den Krieg zerissen sind.“

## Der Freischuß vom Schwielow-See.

Ein Skandal der Justiz.

Der Arbeiter Karl Rietert, das jüngste Opfer des Schießjunters v. Raehne, befindet sich in sehr bedenklichem Zustand. Er ringt mit dem Tode.

Man sollte meinen, wenn eine junkerliche Familie in ihrer tollkühnigen Schießwut Menschenleben auf Menschenleben gefährdet und vernichtet, daß dies eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse sei. Ein Blick in die Berliner bürgerliche Presse belehrt uns vom Gegenteil. Außer ein paar demokratischen Zeitungen nimmt kein einziges bürgerliches Berliner Blatt von der Angelegenheit Notiz. Als neulich ein Irrsinniger am Kurfürstendamm Amok lief, da waren der bürgerlichen Presse spaltenlange Berichte nicht ausführlich genug. Dabei handelte es sich hier um die unvorhersehbare Tat eines plötzlich geisteskrank Gewordenen, die niemand vorhersehen und durch vorbeugende Maßnahmen verhüten konnte.

Der Raehne-Skandal geht aber nun schon geraume Zeit. Ruder und Segler wissen ihr Lied davon zu singen, die ahnungslos oder auch durch Unwetter genötigt, im Bereich der Raehneischen Herrschaft sich dem Ufer näherten. Ohne jede vorherige Warnung wurden sie mit Schüssen empfangen.

Der Hauptskandal aber ist das Verhalten der Justiz. Es bewahrheitet sich einmal hier wieder die Erfahrung, daß ein Angehöriger der Adelskaste in Deutschland tun kann, was er will, ohne daß ihm die in untertänigster Servilität ersterbenden Gerichte ein Haar zu krümmen wagen. Der Raehne-Skandal ist ein potenziertes Seitenstück zu dem Skandal des Schließen-Prozesses. Die gräßlichen Gismischer — Mutter und Sohn — wurden zu kleinen Gefängnisstrafen verurteilt, die gleich hoch bzw. noch geringer waren als die Gefängnisstrafen, die das Landgericht in Bonn gegen Arbeiter wegen Verunreinigung eines Kaiserdenkmals verhängte. Immerhin aber noch Gefängnisstrafen, vielleicht weil das ausersehene Todesopfer auch ein Angehöriger der Adelskaste war. Da die Familie v. Raehne aber ihre Schießlust bisher nur an simplen bürgerlichen Individuen gestillt hat, so sind gegen sie nur Geldstrafen — das Wort „Strafe“ ist hier allerdings nicht am Platze — zur Anwendung gebracht worden! Der bürgerliche Richter steht eben ganz unter dem geistigen Einfluß seiner Presse, die der Ansicht ist, daß derartige Erzeße einer Adelsfamilie totgeschwiegen und mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe bedeckt werden.

Vor genau sechs Wochen hatte die Justiz Gelegenheit, ihre berühmte Objektivität zu zeigen. Da stand der Sohn des Schießjunters — bekanntlich schießt die ganze Familie v. Raehne — vor Gericht, der drei Gewehrschüsse auf die Anassen eines Automobils abgegeben hatte, die ganz unablässig in den Bereich der Raehneischen Herrschaft gekommen waren. Wille und Verdienst des Angeklagten war es nicht, daß niemand getroffen wurde. Im Gegenteil, der frivole Burche hat noch seinen Kerker darüber ausgesprochen! Und des Frazi? 10 000 M. Geldstrafe. Dabei war dieser adlige Anache schon dreimal wegen ähnlicher Handlungen vorbestraft. Das Schwurgericht Potsdam, das Sntem der heutigen Justiz, trägt die moralische Mitverantwortung für die Erschießung des Arbeiters Rietert.

Wie die Korrespondenz B.S. hört, sind die Behörden angewiesen worden, den Fall Raehne mit größter Beschleunigung zu bearbeiten, um dem Justizministerium das Ergebnis der Voruntersuchung bstmöglichst mitteilen zu können. Die Oberstaatsanwaltschaft in Potsdam hat, unmittelbar nachdem ihr von der Verletzung des Arbeiters Rietert Kenntnis gegeben war, das Amtsgericht in Potsdam mit der Voruntersuchung des Falles beauftragt. Eine Vernehmung des verletzten Arbeiters konnte deshalb noch nicht vorgenommen werden, weil der Zustand des Patienten eine längere Befragung noch unmöglich macht. Die Staatsanwaltschaft hat bei der Direktion des Krankenhauses sich deshalb nach dem Zustand Rieterts

Ein falscher Doppelstern. Wenn uns der Himmel in den nächsten Tagen eine sternklare Nacht beschert, werden wir eine interessante Erscheinung beobachten können. Der Planet Mars, allgemein leicht kenntlich durch sein rötliches Licht und gerade jetzt ziemlich hell, nähert sich nämlich einem Fixstern, Beta in Skorpion, so sehr, daß er für das bloße Auge mit ihm einen Stern zu bilden scheint. Wir haben also einen künstlichen oder falschen Doppelstern vor uns, denn in Wirklichkeit hat unser Nachbarplanet natürlich mit dieser ferneren Sonne nichts gemein. Aber es gibt dabei auch etwas Besonderes. Für das Licht ist es nämlich ganz gleichgültig, ob sich ein Doppelstern echt oder falsch ist. Je näher die beiden Sterne aneinander rücken, desto mehr nimmt der Fixstern, sonst ein Stern dritter Größe mit klarem weissen Licht, eine blaugrüne Färbung an, die am Tage der größten Annäherung, am 22. Februar, ganz intensiv wird. Dann sind beide Sterne nur noch um eine einzige Bogensekunde auseinander. Der Laie wird, um sich diese Erscheinung zu erklären, zunächst an eine Kontrast- oder Komplementärwirkung denken. Der wahre Grund liegt aber tiefer und ist uns aus der Spektralanalyse bekannt. Der rötliche Mars umgibt sich mit einem Gefirre, sozusagen einer Atmosphäre von rötlichen Lichtstrahlen, die um so dichter ist, je näher man sie dem Planetenkörper betrachtet. Wenn nun die weissen Strahlen des Fixsterns, die natürlich aus allen sieben Regenbogenfarben nebst Ultraviolett und Ultrarot bestehen, durch diese rötliche Marsstrahlentrone hindurchgehen, werden die roten und gelben Strahlen von ihr verschluckt, ausgelöscht, und es bleiben nur noch die grünen und blauen Strahlen übrig. Daher sehen wir dann den Planeten eben als blaugrünen Stern. Die Annäherung, die am 22. Februar ihren Höhepunkt erreicht, geht übrigens ziemlich langsam vor sich. Man wird sie acht Tage vorher und acht Tage nachher mit allen ihren Reizen beobachten können, am besten natürlich mit einem nicht zu schwachen Fernrohr. Die Grünfärbung solcher Fixsterne, die gelegentlich mit dem roten Mars zusammengelassen, ist schon früher bemerkt worden, aber selten wird die Gelegenheit, heller Himmel vorausgesetzt, so günstig sein wie gerade diesmal.

Erstaunungen der Woche. Mont. Deutsches Theater: „Die Waise“. — Wirtw. Kirnes Schauspielhaus: „Der deutsche Redemann“. — Donnerst. Leistung-Theater: „Faul“. — Freit. Kammertheater: „Die Erziehung durch Kolibri“. — Sonnab. Neues Volkstheater: „Die Kaiserin“, Neues Theater am Zoo: „Sampolo“. — Kraus's Vorträge. Sonntag, Dienstag, Sonnabend: „Die Wunder des Schneehaub“. — Montag: Robert Jaques: „Die deutsche Sable“. — Mittwoch, Freitag: „Natur und Kultur der Mark Brandenburg“. — Donnerstag: „Ramp und dem Berge“.

In der Volkshalle findet die 50. Aufführung von Ernst Toller's „Rasse Mensch“ am Sonntag mit der Bromberglagerung: Max Dietrich — Sonja und Ferdinand Haber — Waisenstater, statt.

Alfred Beckie wird Sonntag abend 8 1/2 Uhr im Meisteraal, Adloner Straße, Leonid Andrejevs „Geschichte von den sieben Gebirgen“ frei erzählen.

Museumsvorführungen durch Direktorialbeamte finden am Sonntag statt im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorder-Absatz der Abteilung), im Altem Museum (Museum für Naturgeschichte), im Altem Museum für Völkerkunde (Ozeanische Abteilung).



# Gewerkschaftsbewegung

## Nur ein Vorpostengefecht.

In der Frauenbeilage der „Roten Fahne“ stellt Betty Guttmann Betrachtungen an über das Thema „Die Frauen während des Streiks der städtischen Arbeiter“. Die Kommunistin stellt fest, daß Wasser für den Notfall in Berlin genügend vorhanden ist. Sie hat auch herausgefunden, daß innerhalb der Stadt Berlin genug Meierereien vorhanden sind, um die Säuglinge zu versorgen. Aber, so schimpft sie, „darauf ist ja der ganze unregelmäßige Betrieb der Profitwirtschaft nicht eingestellt.“ Im übrigen aber ist die kommunistische Frau mit ihrem guten Herzen für die Säuglinge zu der Ueberzeugung gekommen, daß es den Berliner Arbeiterfrauen eine Freude war, in der Kälte des Streiksonntags stundenlang nach Wasser anzusehen, weil sie wußten: „Es mußte ja einmal so kommen — es ist ja schon lange nicht mehr zum Aushalten!“

Wahrhaftig, es war auch nicht mehr zum Aushalten diese Bequemlichkeit. Den Wasserhahn aufdrehen und Wasser haben, ein Streichholz über die Gaslampe halten und die Dunkelheit bannen, das war wirklich nicht zum Aushalten! So etwas gibt es ja kaum im Paradies Sowjetrußland.

Das alles hat Betty Guttmann geschrieben, um zum Schluß den Arbeiterfrauen zu sagen, daß sie die „Rote Fahne“ lesen müssen, denn: „Der Kampf der städtischen Arbeiter Berlins, ihr Arbeiterfrauen, war nur ein Vorpostengefecht. Größeres und Schwereres steht uns allen noch bevor.“

„Größeres und Schwereres!“ Gibt es das, gemessen am Streik der Berliner Arbeiter, der unermüdlich Gesunde und Kranke, Greise und Säuglinge, Männer und Frauen, soweit sie Arbeiter waren, den schlimmsten gesundheitlichen Gefahren aussetzte, überhaupt noch? Wir müßten diese Frage verneinen, wenn wir nicht den Krieg erlebt hätten und wenn wir nicht wüßten, daß im heiligen Sowjetrußland nach den Berichten der „Roten Fahne“ hunderttausende langsam verhungern und Frauen ihre Kinder schlachten.

Die deutschen Arbeiterfrauen begnügen sich gern mit diesem „Vorpostengefecht“ und verzichten auf das kommunistische „Größere und Schwerere“.

## Neue Lohnsätze in der Holzindustrie.

Die außerordentliche Generalsammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Berlin), welche am Freitagabend in Kleins Lokal tagte, nahm zunächst einen Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen entgegen, der von Böse gegeben wurde. Nach mehrmaligen Verhandlungen haben die Arbeitgeber sich bereit erklärt, sämtliche Tariflöhne der Hocharbeiter ab 20. Februar um 13 1/2 Prozent zu erhöhen. Ferner die Vertragslöhne der über 22 Jahre alten Hilfsarbeiter, Frachtarbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen um 10 Proz. und der jüngeren um 5 Proz. Das Angebot der Arbeitgeber für März ist ein Zuschlag von 10 Proz. auf alle Tariflöhne. Auch die Wlohrbäge sollen entsprechend erhöht werden.

In der Aussprache machte sich eine lebhafteste Opposition gegen die Annahme dieser Lohnverhöhung geltend, die als viel zu gering bezeichnet wurde. Es wurde gefordert, eventuell den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen.

Bei der Abstimmung war die überwiegende Mehrheit der Versammlung für die Annahme.

Hierauf referierte Freygang über den Vorschlag, die Verbandsbeiträge zu erhöhen. Sie sollen ab 10. Beitragswoche in den bestehenden 6 Klassen einschl. Lokalzuschlag 14, 11, 8, 6, 5 und 0,50 M. und ab 14. Beitragswoche 16, 12, 9, 7, 5 und 0,50 M. betragen. Der Erhöhung entsprechend sollen alle Unterstützungen auch höher bemessen werden. Die Versammlung erklärte sich für die vorgeschlagene Erhöhung.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, von der 2. Woche an den männlichen Mitgliedern 50 und den weiblichen 40 M. Streikunterstützung aus der Lokalkasse zu zahlen, wenn sie über 52 Wochenbeiträge entrichtet haben. Sind weniger Beiträge bezahlt worden, so soll die Unterstützung 30 bzw. 25 M. betragen und für die Mitglieder, die weniger als 26 Wochenbeiträge entrichtet haben, soll die Unterstützung auf 20 M. bemessen werden. Der Beschluß gilt vorläufig nur bis zum 31. März d. J.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hat für die neuen Verhandlungen die Forderung aufgestellt, am 22. d. M. vor dem Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium festzustellen, daß die allgemeine Forderung so weit fortgeschritten ist, daß für den Monat Februar mindestens, ohne Unterschied für alle Gruppen, der Dezemberschiedspruch (950 M. Zulage) in Anwendung kommt und eine daraus erfolgende Nachverhandlung als notwendig erachtet wird. Für den Monat März soll nicht verhandelt werden.

Ueber diese Forderungen referierten in langen Ausführungen Emonts und Marg in der Böhm-Brauerei am gestrigen Abend vor überfüllter Versammlung. Nach einer lebhaften Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, die in ihren wesentlichen Punkten nachträglich den Eisenbahnern ihre Sympathie ausspricht. Von dem Arbeitsminister verlangt sie, daß er Len geben und kommenden Verhältnissen, insbesondere der beschlossenen Brotpreis-erhöhung und den Steigerungen der Verkehrstarife und Kohlenpreise sowie aller übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs in seinem zu erwartenden Schiedspruch vom Februar Rechnung trägt.

Zu dem neuen Abkommen in der Metallindustrie, über das wir mehrfach referierten, nahm eine Funktionärerversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten Stellung. Einzelne Redner verurteilten scharf die Bedingungen, die von den Unternehmern an dieses Gehaltsabkommen geknüpft wurden. Folgende Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen: „Die Funktionärerversammlung stimmt der Vereinbarung vom 13. Februar 1922 zu. Die Metabefo erhält den Aufschlag, bei den Verhandlungen über den Manteltarif die Einbehaltung von 15 Proz. der Monatsbezüge für 3 Monate und deren einmalige Auszahlung unter allen Umständen abzuzeichnen. Die 10 Entlohnungsdienstjahre müssen bei den Verhandlungen unbedingt erreicht werden, ohne durch deren Vereinbarung die Basis für die niederen Jahresgruppen herabzusetzen.“

Der Ausschuh der Charlottenburger Gewerkschaftskommission verwarf sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung des „Berliner Westens“, daß die Charlottenburger Gewerkschaftskommission die Arbeiterkraft in einen neuen Streik hineinziehen will. Wenn die Charlottenburger Gewerkschaftskommission nur angenommen die Staats- und Gemeinbedarbeiter oder auch andere Arbeiterkategorien in dieser bewegten Zeit zu einem Streik anspornen würde, so wäre das ein Wahnsinn und ein Verbrechen an der Arbeiterklasse selbst. Zu einer solchen Politik wird sie nie ihre Zustimmung geben. Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission fordert die Arbeiter und Angestellten Charlottenburgs und der westlichen Vorortsbezirke auf, in den Betrieben wie in ihren Versammlungen dahin zu streben, daß die bürgerliche Scharmachtpresse, insbesondere der „Berliner Westen“, aus ihren Wohnungen verschwindet und dafür der Arbeiterpresse Eingang zu verschaffen.

Eine neue Spielart der Gewinnbeteiligung. Zu den vorhandenen Systemen der Gewinnbeteiligung der Arbeiter soll ein anderes hinzutreten, das von einer großen englischen Baumwollfabrik eingeführt wird! Außer den Dividenden auf Kleinaktien erhalten die Arbeiter noch gratis das Recht auf Lebensversicherung, auf Mutterschaftsversicherung und auf unentgeltliches Bewohnen der Fabrikkasernen. Einfacher wäre es allerdings, alle diese Gaben schlicht in erhöhte Löhne einzubeziehen und das übrige dem Arbeiter und der Versicherungstätigkeit des Staates und der Gewerkschaften zu überlassen. Dann ginge aber die sentimentale Bedeutung der Gewinnbeteiligungsaube verloren.

Verwertung der arbeitsfreien Zeit zu Bildungszwecken. Damit die Arbeiter ihre infolge der Einführung des Achtstundentages freigewordene Zeit gut ausnützen, hat Emil Vanderveide einen Entwurf zur Organisierung der kulturellen Arbeit des Proletariats der belgischen Kammer vorgelegt. Ein „Oberster Rat für die Ausnutzung der Ruhestunden des Arbeiters“ soll mit Beteiligung des Staates, der Kommunen und der Arbeitervereine ein großzügig angelegtes Programm verwirklichen. Außer der Mitwirkung an allen Volksbildungseinrichtungen der Regierung soll dieses Organ noch folgende Aufgaben erfüllen: Wandernde Kunstausstellungen, Ausstellungen zur Verbesserung des Arbeiterheims, physische Kultur der Arbeiter, Musik und Gesang, Volksbühne, Vorträge, Exkursionen usw. Wünschenswert soll der „Oberste Rat“ einen Volksbildungskongress einberufen.

# Wirtschaft

## „Die sind schuld an unserm Elend.“

„Landbundtagung in und vor dem Zirkus Busch. Ein vorüberfahrender Straßenbahnfahrer droht zu den versammelten Massen hin mit der Faust: „Die sind schuld an unserm Elend!“ Die Leute reden wie sie es verstehen. Sie sehen, daß in Berlin die Kartoffeln 330 M., die Butter 56 M., das Ei 5,50 M. kostet. Sie haben eine dunkle Vorstellung davon, daß irgendwo draußen auf dem Lande diese Dinge mit Gottes Hilfe wachsen; sie sehen nur Anfang und Ende der Kette und registrieren als Tatsache: der Bauer ist der Wucherer.“

So beginnt der Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ vom Freitagabend zum Landbundtag. Vor dem grossenden Zorn der hungernden großstädtischen Massen scheint selbst schamloses Wuchern das Gewissen zu erwachen. Denn an diese sehr treffende Zustandsbeschreibung schließt das agrarische Blatt einen vier Spalten langen Verteidigungsartikel, in dem es nachzuweisen sucht, daß die Landwirte ganz unschuldig seien. Von den teuren Brotpreisen bekämen sie nicht einen Pfennig, ihre Kartoffeln hätten sie zu 70 bis 90 Mark längst verkauft — das übrige sei Händlergewinn. Die Eisenbahn wuchere mit den Frachttarifen. Die falsche Befoldungspolitik und Lohnpolitik treibe die Geldwertung immer weiter. Auch der Landwirt sei Opfer der Valuta, Opfer der Erfüllungspolitik.

Als Gegenstück zu dieser rührenden Verteidigungsrede liest man in dem gleichzeitig erscheinenden anderen deutschnationalen Blatt Berlins, dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, eine Beschwerdeschrift der Bäcker, die nachweisen, daß wir vom Auslande zum Dollarkurse das Mehl für das Brot der Bevölkerung heute billiger bekommen können, als es inländische Warenbesitzer abgeben. Während fragt das Blatt, ob die Verbraucher sich eine solche Mißhandlung wirklich auf die Dauer gefallen lassen wollen?

In der Tat treiben Bauer und Händler, so schreibt hierzu die S. R., heute in weitem Umfange den denkbar schamlosesten Wucher. Sie können sich auch gar nicht entschuldigen und einer die Schuld auf den anderen schieben; denn sie haben gemeinsam die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel zerstört und bei fortwährendem Mangel die freie Wirtschaft wiederhergestellt. Die von uns ganz genau vorhergesagte Folge grenzenloser Auswucherung der Konsumenten ist pünktlich und im Uebermaß eingetreten. Und diese Landbündler, die angeblich darüber trostlos sind, stellen an die Spitze aller ihrer Forderungen die Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft. Viel ist ja nicht mehr vorhanden, im allgemeinen ist die konsumierende Bevölkerung bereits schulplos. Aber selbst die wenigen Reste föhren die völlige Ausplünderung und Auspömerung des deutschen Volkes durch Produzenten und Zwischenkapitalisten. Schuld an dem Preiselend der Lebensmittel tragen die, die die öffentliche Wirtschaft zu Fall gebracht haben.

Aber ganz davon abgesehen wuchern zahllose Bauern auch direkt und unmittelbar. Sie haben noch genug Kartoffeln in ihren Aekern, Borräte, die noch kein Händler hat. Aber auch sie fordern für den Zentner 200 oder 250 M. und streichen vernünftig Mißgewinne ein. Und der Arbeiter hat tausendmal Recht, wenn er gegen die Landbundemagogen die Faust ballt: Die sind an unserem Elend schuld!

## Kapitalserhöhung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

Die Preussische Staatsregierung hat einen Gegenentwurf ausgearbeitet, auf Grund dessen das Kapital der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse von 125 Millionen auf 500 Millionen Mark erhöht wird. Bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) wird demnach das Grundkapital, das zurzeit 160 Millionen Mark beträgt, ebenfalls entsprechend erhöht werden.

Zinsherabsetzung in England. Die Bank von England hat den amtlichen Zinssatz von 5 Proz. auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Franz Kuhn, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Oetde, Berlin. Verlag Bornbürgers-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornbürgers-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

## Nach Litauen (Kowno)

sucht große Kartonnagenfabrik tüchtigen Lithographen als Leiter für eine einzuerrichtende Steinruckerei. Derselbe muß in Feder und Gravur perfekt sein und möglichst selbständig kleine Packungen entwerfen können. Die Stellung wird gut honoriert. Auskunft erteilt Rudolf Stenz & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 16.

## Almetalle

en gros von Fabrikanten und Händlern Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26 Fernsprecher: Moritzpl. 667 = Mariannenplatz 22 Vertreterbesuch = Freie Abholung

**ZIGARETTEN**  
ÖSTERREICH. TABAKREGIE  
sind für die Gross- und Kleinhändler erhältlich bei den Fabrikniederlagen in Berlin.  
Am Bahnhof Friedrichstrasse 22, Schillbaurstr. 6, Telefon 163361  
NO. 18 Lichtenbergerstr. 22, Telefon 163361  
SO. 16 Michaelkirchstr. 12, Telefon Moritzpl. = 2524  
W. 35 Magdeburgerstr. 14, Telefon Kurtfürst. = 3140  
Südost 16, Engelufer 5, Tel. Moritzplatz 3014/12130  
Charlottenburg, Bismarckstr. 62 W. 1507

## Arbeitskraft u. Lebensfreude

erhalten u. geben  
**Godesberger**  
Verkaalkungs-Herz  
Wurm-Regula-Unterleibs-  
Magenstärkende  
Kräuter  
Aerlich empfohlen  
In Apotheken. Auftragsbestellung gratis.  
Hauptniederlage für Berlin: Elefant- u. Apotheke, SW, Leipziger Str. 74.

## Zur Konfirmation empfehle

Preiswert:  
Niederpreise, reine Wolle, von 66.— an  
Dob.-Wolle, weiß, rosa, hellblau, 100 cm breit, 95.—  
Rils.-Samt, schwarz, 135.—, Collienne m. 128.—  
Wäckerhose, Sticker-Wollens, Strümpfe, Insektendücker etc.  
Ella Dehmel, Neufölln, Niemeßstraße 9, Nähe Reichplatz

**Korbmöbel**  
in Gärten, Balkone, ohn immer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel v. 14,50 an. Große Auswahl Berücksichtigung erbeten.  
**Heinrich Kaese**  
Korb- u. Rohrmöbel-Fabrik Neukölln, Berliner Str. 80, Quergeb. pl. Keim-Lad.

**Franzbranntwein** 1/2 Literflasche M. 37.80  
Kopp & Joseph  
1/2 Literflasche M. 72.50  
Potsdamer Straße 122  
vorzügliche Qualität

# ZUM FRÜHLING

- Kostüme Nr. 1 aus reinwollenem Gabardinstoff, aparte Vorarbeitung . . . . . 1675.—
- Kostüme Nr. 2 aus reinwollenem Gabardinstoff, reich mit Tresse besetzt . . . . . 1075.—
- Kostüme Nr. 3 aus reinwollenem Cheviot, sehr gut verarbeitet . . . . . 695.—
- Kostüme Nr. 4 aus reinwollenem Gabardine, sehr apart . . . . . 1675.—

Das altbekannte Spezial-Geschäft

# W. Bernhard Nachf.

Berlin, Belle-Alliance-Str. 105 und 101, dicht am Halleschen Tor



Nr. 1 Nr. 2 Nr. 3 Nr. 4